



Textdokumentation

zur Veröffentlichung im Internet

über die öffentliche Beratung

in der 23. Sitzung des

Ausschusses für Inneres und Sport

am 31. Mai 2018

in Magdeburg, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

Den ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt stärken

Selbstbefassung Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN - **ADrs. 7/INN/88**

Beratung

3

Anwesende:

Ausschussmitglieder:

Abg. Hagen Kohl, Vorsitzender	AfD
Abg. Bernhard Bönisch	CDU
Abg. Carsten Borchert	CDU
Abg. Tobias Krull	CDU
Abg. Frank Scheurell (i. V. d. Abg. Chris Schulenburg)	CDU
Abg. Thomas Höse	AfD
Abg. Mario Lehmann	AfD
Abg. Abg. Swen Knöchel (i. V. d. Abg. Christina Buchheim)	DIE LINKE
Abg. Henriette Quade	DIE LINKE
Abg. Rüdiger Erben	SPD
Abg. Silke Schindler (zeitw. vertreten durch Abg. Dr. Andreas Schmidt)	SPD
Abg. Sebastian Striegel	GRÜNE

Ferner nimmt der Abg. Guido Henke (DIE LINKE) an der Sitzung teil.

Von der Landesregierung:

vom Ministerium für Inneres und Sport:

Minister Holger Stahlknecht
Staatssekretärin Dr. Tamara Zieschang

Textdokumentation:

Stenografischer Dienst

Vorsitzender Hagen Kohl eröffnet die Sitzung um 10:14 Uhr.

Zur Tagesordnung:

Den ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt stärken

Selbstbefassung Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
ADrs. 7/INN/88

Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE) führt für die Antragsteller aus, der Ausschuss habe mit dem Beschluss zur Behandlung des Themas deutlich gemacht, dass die Landespolitik ein Erkenntnisinteresse in Bezug darauf habe, was ein Akteur wie der Fußballverband Sachsen-Anhalt, in dem Zehntausende Menschen organisiert seien, zu dem Thema Stärkung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt beitragen könne. Das Land Sachsen-Anhalt sei bekanntlich zu einem sehr großen Teil ländlich geprägt. Die Koalitionsfraktionen hofften, im Rahmen einer Diskussion über das Positionspapier des FSA aus einer anderen Perspektive heraus Erkenntnisse über die Defizite im und die Chancen für den ländlichen Raum zu gewinnen, um nach Möglichkeit innovative Konzepte zu finden, die das Land Sachsen-Anhalt insgesamt voranbringen könnten.

Erwin Bugar, der Präsident des Fußballverbandes Sachsen-Anhalt, trägt zur Vorstellung des FSA Folgendes vor:

Der FSA hat derzeit mehr als 90 000 Mitglieder; die Mitgliederzahl lag vor Jahren noch bei 80 000. Die Mitglieder des Verbandes sind in den einzelnen Vereinen des Landes organisiert. Der FSA umfasst 14 Kreis- bzw. Stadtfachverbände, die keine Rechtspersönlichkeit haben; diese haben sich der Satzung des Verbandes unterworfen.

Der FSA ist Mitglied des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und des Nordostdeutschen Fußballverbandes (NOFV). Es ist dem FSA in der zurückliegenden Zeit gelungen, innerhalb des DFB aus der - um Fußballbegriffe zu verwenden - Abstiegszone in das Mittelfeld zu rücken. Dazu haben auch viele Pilotprojekte beigetragen, die dem FSA in der Vergangenheit übertragen worden sind.

Eines der Pilotprojekte ist das vorliegende Positionspapier, das auf ein Netzwerktreffen des NOFV gegen Extremismus im November 2017 in Magdeburg zurückgeht. Dort erhielt der FSA den Auftrag, ein entsprechendes Positionspapier zu erarbeiten. Dieses Positionspapier hat auch beim DFB große Aufmerksamkeit erregt; der DFB ist nach anfänglichen Irritationen geneigt, das Papier zu unterstützen.

Der FSA ist zusammen mit der Landesregierung, insbesondere mit dem Innen- und dem Sozialministerium, damit befasst, die Umsetzung des Positionspapiers voranzutreiben. Hierzu fanden bereits einige Treffen statt.

Dr. Christian Reinhardt, der Geschäftsführer des FSA, führt sodann Folgendes aus:

Der FSA hat das Positionspapier aus einer Problemlage heraus verfasst, die nicht nur Sachsen-Anhalt, sondern den gesamten Nordosten und wahrscheinlich auch Teile des ländlichen Raumes im Westen Deutschlands betrifft.

Im November 2017 hat der FSA ein Netzwerktreffen gegen Extremismus ausgerichtet, eine Veranstaltung aller Landesverbände im Nordosten, und bei dieser Gelegenheit festgestellt, dass es im Hinblick auf die Probleme im ländlichen Raum viele Gemeinsamkeiten gibt und dass diese Probleme immer gravierender werden. Dies ist der Landespolitik sicherlich nicht neu; auf das Thema demografischer Wandel soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Aus der Sicht des FSA ist natürlich insbesondere die Entwicklung im Bereich des Sports wichtig. Das Positionspapier wurde aus der Perspektive des Fußballs verfasst. Den zahlreichen Diskussionen, die es nach der Vorstellung des Positionspapiers gab, war zu entnehmen, dass die darin aufgezeigten Probleme eigentlich fast alle Sportarten betreffen.

Es ist festzustellen, dass sich die Vereinslandschaft zunehmend verändert. Der Präsident des FSA hat bereits erwähnt, dass der Verband gegenwärtig 90 000 Mitglieder hat; darüber sind wir sehr froh. Die Mitgliederzahl lag vor einigen Jahren bei 80 000, noch weiter in der Vergangenheit jedoch auch schon bei 100 000. Es ist also eine Kurve zu verzeichnen. Ehrlicherweise muss man sagen, dass viele der Mitglieder, die aktuell gewonnen werden können, Mitglieder der beiden großen Vereine des Landes sind, etwa des 1. FC Magdeburg, der jetzt in die Zweite Bundesliga aufgestiegen ist.

Betrachtet man das Gesamtbild der Vereinslandschaft in Sachsen-Anhalt, stellt man fest, dass immer mehr Vereine verschmelzen, dass immer mehr Vereine Spielgemeinschaften bilden. Solche Lösungen werden Vereinen angeboten, denen es nicht möglich ist, allein eine vollständige Mannschaft zu bilden. Es gibt Vereine, die immer mehr Spiele ausfallen lassen müssen, weil sie nicht spielfähig sind. Manche Vereine existieren mittlerweile nicht mehr. Man hat es in Sachsen-Anhalt also mit einem Rückgang bei den Mannschaften und bei den Vereinen zu tun. Doch noch kann der Spielbetrieb aufrechterhalten werden.

Der FSA hätte es sich leichter machen und abwarten können, bis sich diese Probleme in Zukunft deutlich sichtbar auswirken; er hat sich jedoch dafür entschieden, die Problemlagen jetzt anzusprechen, um die weitere Entwicklung nach Möglichkeit steuern zu können.

Die sinkende Mitgliederzahl betrifft übrigens nicht nur auf die Zahl der Spieler, sondern auch die der Ehrenamtlichen. Die Vereinslandschaft umfasst gegenwärtig etwa 827 Vereine und sieht bei genauerer Betrachtung nicht mehr so aus wie noch vor zehn Jahren. Aktuell erledigen in den Vereinen zwei oder drei Leute die Aufgaben, die in der Vergangenheit von zehn Leuten erledigt worden sind. Das heißt, die Arbeit vieler lastet nun auf den Schultern weniger. Hinzu kommt, dass die Arbeit zunehmend schwieriger wird - ich verweise an dieser Stelle auf die Datenschutz-Grundverordnung und die Steuerprüfungen der Vereine. Nicht ohne Grund entscheiden sich manche Vereinsmitglieder dagegen, solche Aufgaben auch künftig zu übernehmen.

Zu der geringer werdenden Zahl an Mitgliedern kommt auch eine Veränderung im Altersdurchschnitt. Das Durchschnittsalter in den Vereinen und auch in den Untergliederungen des FSA ist inzwischen extrem hoch. Die Gliederung des Verbandes in 14 Kreisfachverbände bzw. Stadtfachverbände entspricht aktuell noch der politischen Gliederung des Landes Sachsen-Anhalt. Doch es gibt große Schwierigkeiten, junge Leute für die Arbeit in den Vereinen und Verbänden zu gewinnen; letztlich gibt es dort kaum noch junge Leute. Das heißt, wir brauchen einen sehr hohen Organisationsgrad, sowohl für die Spieler als auch für die ehrenamtlich Tätigen, was sich sehr schwierig gestaltet.

Ich möchte ein Beispiel aus der Praxis nennen. In dem Bereich bis zur A-Jugend, also bei den unter 19-Jährigen, die Fußball spielen, kann kein Kreisspielbetrieb mehr vorgehalten werden. Das heißt, es ist nicht mehr möglich, etwa im Jerichower Land eine Runde zu spielen, weil einfach die Mannschaften dafür fehlen. Die bestehenden Mannschaften spielen deshalb auf der Landesebene. Das wiederum bedeutet, dass sie sehr lange Fahrtwege haben und dass es eine deutliche Leistungsheterogenität gibt. Es gibt Mannschaften, die fahren bis zu zwei Stunden zu einem Spiel, verlieren dort 10 : 0 gegen eine deutlich stärkere Mannschaft und fahren dann wieder zwei Stunden zurück nach Hause. Man kann sich vorstellen, wie oft Kinder und Jugendliche so etwas auf sich nehmen möchten.

Es besteht die Gefahr, dass wir unter eine kritische Größe fallen, bei der es sehr schwierig werden wird, den Spielbetrieb weiterhin aufrechtzuerhalten. Von den 90 000 Mitgliedern des FSA sind 42 000 Kinder und Jugendliche. Gerade bei diesen hat der Verband Sorge, sie zu verlieren. Statistisch lässt sich nachweisen, dass diejenigen, die einmal aus einem Verein ausgetreten sind, nicht wieder eintreten; es gibt nur sehr wenige Wiedereinsteiger.

Ein weiteres Beispiel ist der Frauenspielbetrieb. Auch bei den Frauen gibt es keinen Kreisspielbetrieb mehr; dieser wurde mittlerweile überregional verankert. Das Ligasystem bei den Frauen beginnt bereits im 7 gegen 7; das heißt, in den Regionalklassen spielen Mannschaften mit sieben Spielerinnen gegeneinander. Nun können wir uns

natürlich für unsere Kreativität und unsere Flexibilität loben, weil es uns damit gelingt, den Spielbetrieb überhaupt aufrechtzuerhalten. Im Grunde ist es aber eine Katastrophe, dass die Fußballspiele schon mit vier Spielern weniger auf jeder Seite beginnen.

An dieser Stelle möchte ich lobend erwähnen, dass die Frauen, die in unserem Verband Fußball spielen, sehr hart im Nehmen sind; denn sie fahren zum Teil für ein Spiel von Salzwedel bis nach Meuselwitz. Diese Zustände kann man eigentlich niemandem zumuten und sie werden nicht besser. Unter diesen Umständen wird es übrigens auch im Hinblick auf das Sportliche nicht besser.

Ich habe bereits erwähnt, dass auch die Untergliederungen des FSA unter großem Personalmangel leiden. Das wird sehr wahrscheinlich dazu führen, dass wir früher oder später Kreisfachverbände (KFV) verschmelzen müssen. Eine solche Diskussion gibt es derzeit beispielsweise im Jerichower Land.

Dem Verband fehlen des Weiteren etwa 500 Schiedsrichter; darüber wurde in den Medien bereits berichtet. Als absolute Zahl sagt das vielleicht nicht viel aus; wenn man aber weiß, dass 2 000 Schiedsrichter benötigt werden, um den Spielbetrieb abzusichern, kann man sich vielleicht vorstellen, was passiert, wenn ein Viertel der Schiedsrichter fehlt. Diese Situation können wir aktuell nur auffangen, weil es eine Reihe von Schiedsrichtern gibt, die 80 bis 100 Spiele im Jahr leiten, obwohl sie eigentlich nur 15 Spiele im Jahr leiten müssen. Dabei handelt es sich im Übrigen zu einem großen Teil um Schiedsrichter der Generation 60+. Die Mangelsituation führt jedoch auch dazu, dass wir gar keine Selektionsmöglichkeiten mehr haben, weder bei den Spielern noch im Ehrenamt oder bei den Schiedsrichtern. Wir sind froh über jeden, den wir haben.

Wir bemühen uns sehr, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, und haben bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören etwa die „Aktion junges Ehrenamt“ und das Projekt „Junior-Coach“, mit denen wir an die Schulen gehen, um junge Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen und auszubilden. Solche Maßnahmen sind sehr ressourcenintensiv. Doch wenn dann die jungen Ehrenamtlichen in den Vereinen anfangen wollen zu arbeiten, gestaltet sich das mitunter schwierig, weil sie dort auf einen Vorstand treffen, der oft 45 Jahre älter ist als sie.

Der FSA bemüht sich wirklich; er erkennt aber auch, dass er nur ein Teil des Ganzen ist. Die Zahl von 90 000 Mitgliedern ist sehr erfreulich, aber die Ressourcen des Verbandes sind stark begrenzt. Deshalb hat der FSA bei dem Netzwerktreffen des NOFV den Auftrag übernommen, ein Papier zu erarbeiten, das zum einen wachrüttelt und die aktuelle Situation darstellt und das zum anderen ein Unterstützungsangebot an die Politik enthält.

Ich möchte ausdrücklich festhalten: Wir sehen die Politik nicht als untätig an - im Gegenteil. Es gibt eine Reihe von sehr guten Maßnahmen, die aus unserer Sicht ein Startschuss sind und die wir gern unterstützen würden, bei denen wir uns gern einbringen würden, um diese ganzheitlich zu gestalten und damit letztlich zu ihrem Erfolg beizutragen. Eine dieser Maßnahmen ist etwa das Projekt „Menschlichkeit und Toleranz im Sport“, das für den Fußball ein großer Gewinn ist und dessen Mitarbeiter - das möchte ich an dieser Stelle erwähnen - intensiv an dem Positionspapier mitgearbeitet haben.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich doch sehr froh über die Reaktionen auf dieses Positionspapier bin. Nach einer in der „Mitteldeutschen Zeitung“ veröffentlichten Interpretation hatte ich zunächst kurzzeitig die Sorge, dass das in eine falsche Richtung gehen würde. Mir wurde dann jedoch von vielen in Anrufen und E-Mails deutlich gemacht, dass sie das Papier richtig verstanden haben; dafür bedanke ich mich recht herzlich.

Ich würde mich sehr freuen, wenn das Positionspapier einen Anstoß dazu geben könnte, die Problematik gemeinsam anzugehen und einem weiteren Verwaisen der ländlichen Regionen entgegenzuwirken. Ich habe verschiedentlich das Argument gehört, dass es eine ähnliche Entwicklung auch im Westen Deutschlands schon gegeben habe: erst Landflucht und Ansiedlung in den Großstädten, dann Ansiedlung im Speckgürtel und letztlich Rückkehr in den ländlichen Raum. Ich bezweifle jedoch, dass es eine solche Entwicklung auch in Sachsen-Anhalt geben wird; denn wenn der ländliche Raum weiteren Schaden nimmt, gibt es irgendwann kein Zurück mehr dorthin. Ich würde es sehr begrüßen, wenn das Positionspapier einen Anstoß für ein gemeinsames Vorgehen von Sport, Politik und gern auch Wirtschaft geben würde.

Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE) dankt den Autoren des Positionspapiers dafür, dass sie sich nicht auf eine Auflistung der Defizite beschränkt hätten, sondern auch Überlegungen dazu angestellt hätten, wie der problematischen Entwicklung entgegenwirkt werden könne. Der Geschäftsführer des FSA habe einige der Probleme, mit denen man es im Bereich des Fußballs zu tun habe, dankenswerterweise sehr plastisch dargestellt und so verdeutlicht, wie sich die Zahlen, die als solche durchaus bekannt seien, in der Praxis letztlich auswirkten.

Der Abgeordnete fragt, welche Maßnahmen seitens der Politik aus der Sicht des FSA nötig seien, um die negative Entwicklung im Bereich des Fußballs im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts aufzuhalten und nach Möglichkeit zum Positiven zu wenden.

Dr. Christian Reinhardt (FSA) bestätigt, dass die Situation schon jetzt im Grunde dramatisch sei; der organisierte Freizeitsport sei tatsächlich in seiner weiteren Existenz

bedroht. Er fährt fort, aus seiner, Dr. Reinhardts, Sicht gebe es eine ganze Reihe von Maßnahmen, die angestoßen werden könnten.

Es gebe etwa ein Projekt, das im Burgenland und im KfV Wittenberg anlaufen werde, bei dem man versuche, über die Vereine gemeinsam mit den Kommunen und mit der Wirtschaft vor Ort nachhaltig Menschen in die Vereine zu integrieren. Der Begriff Integration beziehe sich in diesem Kontext nicht nur auf Geflüchtete, sondern insbesondere auf Menschen, die für die Gesellschaft bereits verloren scheinen. Die Vereine übernahmen dabei die Aufgabe, soziale Kompetenzen auszubilden. In diesem durchaus sinnvollen System würden die Betroffenen über die Vereine sozial geschult, um ihnen dann Möglichkeiten in den kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort zu eröffnen, die ihrerseits wiederum Sponsoren der Vereine seien. Dieses System der Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Unternehmen gebe es ohnehin, es könne jedoch stärker formalisiert werden.

Darüber hinaus könne eine gewisse Entbürokratisierung dazu beitragen, die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen zu erleichtern.

Abg. Mario Lehmann (AfD) legt dar, im Zusammenhang mit dem Positionspapier sei wiederholt vorgebracht worden, dass man populistische Argumentationen ablehne, dass man eine Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas befürchte und dass gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden müsse. Diese antrainierten Automatismen, so der Abgeordnete, erweckten bei ihm den Eindruck, dass dem Sport politische Positionspapiere untergeschoben würden und dass sich der Fußballverband dafür missbrauchen lasse.

Er, Lehmann, könne die in dem Positionspapier und in den Vorträgen wiederholt vorgebrachte Kritik daran, dass Geflüchtete nicht angemessen unterstützt würden, etwa bei der Arbeitsintegration oder in ihrem Bemühen um einen dauerhaften Aufenthalt in Sachsen-Anhalt, nicht nachvollziehen. Aus seiner Sicht leiste das Land hierbei bereits mehr als genug, während andere Bevölkerungsteile von der Politik stark vernachlässigt würden.

Der Abgeordnete macht darauf aufmerksam, dass in diesem Zusammenhang auch immer wieder, ob aus Unwissenheit oder bewusst, die Begriffe Flüchtling, Geflüchteter und Einwanderer vermengt würden. Dies trage zu einer gewissen Verschleierung der sich in Deutschland abspielenden Vorgänge bei. Es würden Einwanderungs- und Integrationsfördermaßnahmen gefordert, weil diese angeblich dazu beitragen, der Überalterung und der Entvölkerung der Regionen Sachsen-Anhalts entgegenzuwirken. Er, Lehmann, sei überzeugt davon, dass die Aufnahme von Geflüchteten nicht die Lösung für eine seit fast 30 Jahren versäumte Familien- und Nachwuchspolitik sein könne.

Der Abgeordnete schließt, beim Lesen des Positionspapiers habe er den Eindruck gewonnen, dass es sich dabei um ein links-grünes Ideologiepapier handele, das bewusst in den Sport hineingepflanzt worden sei, um diesen zu indoktrinieren und zu infiltrieren. Dieser Eindruck sei im Übrigen dadurch verfestigt worden, dass der Geschäftsführer des FSA davon gesprochen habe, dass das Papier von einigen falsch, von anderen richtig verstanden worden sei. Es sei, so der Abgeordnete, anmaßend, eine Einteilung vorzunehmen in diejenigen, die auf der richtigen, und diejenigen, die auf der falschen Seite stünden. Es handele sich hierbei lediglich um unterschiedliche Standpunkte, und jeder habe das Recht, seinen Standpunkt zu vertreten.

Dr. Christian Reinhardt (FSA) stellt klar, er habe als Mitautor des Positionspapiers eine bestimmte Intention verfolgt, die von einigen der Rezipienten nach seinem Eindruck nicht im Sinne der Verfasser aufgenommen worden sei.

Herr Dr. Reinhardt macht sodann deutlich, der FSA sehe die Integration als eine, nicht jedoch als alleinige Möglichkeit an, um zu einer Verbesserung der Situation im ländlichen Raum beizutragen; so werde es auch in dem Positionspapier und in dem Gesamtkonzept dargestellt. Der FSA sei nicht der Auffassung, dass allein mit der Integration Geflüchteter dem ländlichen Raum geholfen werden könne.

Es gebe viele Vereine, die stark integrativ tätig seien. Dies sei im Übrigen eine sehr schwierige Arbeit. Es stelle die Vereine immer wieder vor Probleme, wenn Menschen, die sehr gut in den Verein integriert seien, die sich unter Umständen bereits in einem Arbeitsverhältnis befänden, das Land wieder verlassen müssten. Dies sei für viele Vereine sehr frustrierend; denn sie hätten den Geflüchteten beispielsweise intensiv dabei unterstützt, einen Spielerpass zu erlangen. Dieser komplexe bürokratische Akt, in den die Vereine investierten, dauere in der Regel sechs Wochen. Selbstverständlich seien die Vereine daran interessiert, dass ihre Bemühungen dem Verein letztlich einen Nutzen brächten. Ähnlich sei dies bei Unternehmen, die jemanden ausbildeten.

Herr Dr. Reinhardt hält fest, für die Vereine sei eine zielgerichtete Integration insofern wichtig, als sie dadurch die Möglichkeit zur Planung erhielten und den zu Integrierenden die Chance bieten könnten, tatsächlich Teil des Vereins zu werden und am Vereinsleben teilzuhaben.

Abg. Mario Lehmann (AfD) legt Wert auf die Feststellung, dass Flüchtlingen lediglich für die Dauer der Krise in ihrem Heimatland ein temporäres Bleiberecht zustehe. Einen Anspruch auf Integrationsmaßnahmen hätten sie hingegen nicht; denn nach der Beendigung der Krise in ihrem Heimatland hätten sie in dieses zurückzukehren. Anders verhalte es sich mit Einwanderern, die dauerhaft in Deutschland bleiben könnten und bei denen eine Integration daher zu unterstützen sei.

Dr. Christian Reinhardt (FSA) bemerkt, der FSA habe es nicht als seine Aufgabe angesehen, juristisch saubere Definitionen in dem Positionspapier darzustellen. Er habe vielmehr aus der Sicht des Fußballverbandes darstellen wollen, wo möglicherweise Chancen für eine Verbesserung der Situation in den Vereinen bestünden und wie die Vereine vor Ort eine praxisgerechte Unterstützung erhalten könnten. Die Vereine selbst unterschieden nicht trennscharf zwischen Geflüchteten und Einwanderern im juristischen Sinne, sondern sie bemühten sich, Menschen für einen dauerhaften Verbleib im Verein zu gewinnen.

Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE) dankt dem Vorredner dafür, dass dieser im Ausschuss für die Vereine Position bezogen und deren Bedürfnisse dargestellt habe. Er fährt fort, Politiker müssten sich immer wieder vergegenwärtigen, dass bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen die konkreten Bedürfnisse der Menschen vor Ort angemessen berücksichtigt werden sollten. Im Fall der Sportvereine sei deutlich geworden, dass diese insbesondere einer Verlässlichkeit bedürften, und zwar auch einer Verlässlichkeit im Hinblick auf die Einwanderung. Denn nur unter verlässlichen Rahmenbedingungen könnten sich diejenigen, die als Geflüchtete in dieses Land gekommen seien, tatsächlich im Gemeinwesen engagieren. Auf dieses Engagement seien die Vereine letztlich angewiesen.

Der Abgeordnete möchte wissen, ob aus der Sicht des FSA ein vordringlicher Bedarf an spezifischen Förderprogrammen, also etwa an finanzieller Unterstützung für weitere Projekte, bestehe oder ob vielmehr die Notwendigkeit gesehen werde, den ländlichen Raum und die dort angesiedelten Vereine in struktureller Hinsicht zu unterstützen.

Dr. Christian Reinhardt (FSA) antwortet, es gehe im Grunde darum, einen ganzheitlichen Ansatz zu finden, mit dem man den Bedürfnissen in der Praxis gerecht werden könne. Die Maßnahmen des FSA zielten bisher lediglich auf Teile des Gesamtsystems ab. Aus diesem Grund sei man nunmehr bemüht, gemeinsam mit dem politischen Raum nach ganzheitlichen Lösungen zu suchen, die beispielsweise auch die Problematik des öffentlichen Personennahverkehrs berücksichtigten.

Das gemeinschaftliche Leben in einem Dorf stehe häufig in einem sehr engen Zusammenhang mit dem Vereinsleben. Somit könnten aus der Sicht des FSA die Fußballvereine viel dazu beitragen, Verbesserungen im ländlichen Raum zu erwirken.

Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE) nimmt Bezug auf die von Herrn Dr. Reinhardt geschilderten Defizite in den Vereinen, die im Verlauf der letzten 25 Jahre eingetreten seien, und erkundigt sich danach, ob bestimmte Faktoren benannt werden könnten, die quasi zwangsläufig drastische Veränderungen für die Vereine mit sich brächten. Der Abgeordnete nennt als denkbare Faktoren die Schließung von Schulen, die Ausdünnung des Nahverkehrsangebots und die Gemeindegebietsreform.

Er fährt fort, das Positionspapier hebe auf die Gesamtheit der Faktoren ab. Um künftig auf politischer Ebene gegensteuern zu können, sei es erforderlich, konkrete Punkte auszumachen, an denen die Politik ansetzen könne, und diese einer Priorisierung zu unterziehen.

Dr. Christian Reinhardt (FSA) sagt, es falle ihm schwer, an dieser Stelle eine allgemeingültige Aussage dazu zu treffen; denn die Gegebenheiten in den Regionen und Vereinen differierten zum Teil sehr stark.

Ein großes Problem sei in der Tat in der Ausdünnung der Nahverkehrsangebote zu sehen. Insbesondere Kinder und Jugendliche seien darauf angewiesen, dass ihnen eine Möglichkeit geboten werde, den Verein und seine Anlagen zu erreichen. Fehlende Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs könnten unter Umständen durch Eltern oder Großeltern kompensiert werden. Wenn diese Möglichkeit jedoch nicht bestehe, könnten die Kinder und Jugendlichen letztlich nicht am Vereinsleben teilnehmen. Dies führe in manchen Vereinen zum Wegbrechen von Mannschaften.

Ein grundsätzliches Problem bestehe auch darin, dass die Zahl der Einwohner in den Dörfern stetig sinke; denn dadurch sinke auch die Zahl derer, die die Vereine vor Ort trügen.

Ferner wirke sich eine große Entfernung zwischen Wohnort und Schule auf das Vereinsleben aus; denn dies erschwere es Kindern und Jugendlichen, nach einem langen Unterrichtstag und einer zeitaufwendigen Heimreise noch an einem Training teilzunehmen.

Herr Dr. Reinhardt stellt zusammenfassend fest, dass sich im Grunde jegliche infrastrukturelle Verarmung negativ auf die Vereine auswirke.

Abg. Thomas Höse (AfD) äußert, er habe mit Entsetzen zur Kenntnis genommen, dass die Funktionäre des Fußballverbandes Sachsen-Anhalt mit großer Wahrscheinlichkeit der Migranten- und Asyllobby zuzurechnen seien. Er bezeichne das Positionspapier des FSA als stark von linker Umvolkungspropaganda durchsetzt. Es erscheine ihm, Höse, eher wie eine Gemeinschaftsvorlage von SPD, GEW, AWO und „Miteinander“, als wie ein von Fußballaffinen ausgearbeitetes Papier.

Der Abgeordnete fährt fort, der demografische Wandel sei nicht zu leugnen und werde auf absehbare Zeit wohl auch nicht strukturell zu beheben sein, keinesfalls jedoch durch die Einwanderung kulturfremder Menschen in den ländlichen Raum Sachsen-Anhalts. So werde etwa der beschriebene Schiedsrichtermangel kaum dadurch behoben werden können, dass zahlreiche der etwa aus Eritrea oder Afghanistan Zugewan-

derten als Schiedsrichter ausgebildet würden. Wenn der FSA dies dennoch plane, stelle sich die Frage, woher die finanziellen Mittel dafür genommen werden sollten.

Herr Höse nimmt Bezug auf die angesprochene Problematik der Erreichbarkeit von Sport- und Spielstätten, die häufig einen finanziellen Hintergrund habe, und empfiehlt dem Fußballverband, zu beantragen, dass finanzielle Mittel, die gegenwärtig für den Kampf gegen Rechts verwendet würden, künftig für die Sportförderung eingesetzt würden.

Im Übrigen, so der Abgeordnete weiter, sehe er den beschriebenen Schiedsrichtermangel nicht als ein so gravierendes Problem an, wie es der FSA beschrieben habe. Denn vor dem Hintergrund der sinkenden Zahl der Mitglieder in den Fußballvereinen, der Verschmelzung von Fußballmannschaften und der Bildung von Spielgemeinschaften bestehe in absehbarer Zeit auch ein geringerer Bedarf an Schiedsrichtern. Angesichts dieser Entwicklung müsse nicht um jeden Preis an einer bestimmten Struktur festgehalten werden.

Dr. Christian Reinhardt (FSA) erwidert, um den Fortbestand des Fußballs im Land zu sichern, sei das Vorhalten einer Grundgesamtheit erforderlich. Anderenfalls werde man den Spielbetrieb nicht mehr aufrechterhalten können.

Herr Dr. Reinhardt legt Wert auf die Feststellung, dass Fußball schon immer eine enorme integrative Kraft gehabt habe. Dies sei auch gegenwärtig spürbar; denn viele Menschen, die nach Sachsen-Anhalt kämen, gingen von sich aus auf Fußballvereine zu. Die große Zahl von Zugewanderten stelle für die Vereine mitnichten ein Problem dar. Seit dem Beginn der sogenannten Flüchtlingswelle hätten die Vereine seiner, Dr. Reinhardts, Kenntnis nach jährlich etwa 1 500 Geflüchtete aufgenommen, und zwar ohne aktive Rekrutierungsmaßnahmen. Die Einbeziehung dieser Menschen in die Vereine gestalte sich durchaus erfolgreich.

Bezüglich des Vorschlags, Mittel für den Kampf gegen Rechts künftig für die Sportförderung einzusetzen, merkt Herr Dr. Reinhardt an, die 40 Lehreinheiten umfassende Ausbildung von Schiedsrichtern, zu der er den Abg. Herrn Höse gern einlade, finanziere der Fußballverband selbst. Er, Dr. Reinhardt, sehe sich im Übrigen nicht in der Position, sich zur Verwendung von anderweitig gebundenen Mitteln zu äußern; eine weitere Diskussion darüber halte er nicht für zielführend.

Abg. Henriette Quade (DIE LINKE) dankt dem FSA für die Erarbeitung des Positionspapiers. Sie macht deutlich, ihre Auffassung, insbesondere in Bezug auf die Integration, stimme in vielen Punkten mit der in dem Positionspapier vertretenen Auffassung überein. Die Positionsbestimmung durch den Fußballverband lasse eine hohe Qualität hinsichtlich der Tiefe der Problemanalyse, der Problembenennung und -zuspitzung

sowie ein hohes Maß an Dialogbereitschaft erkennen. Dies sei angesichts der sich stellenden Fragen zur Bevölkerungswanderung, zum Sterben der Dörfer und dazu, wie ein gedeihliches Zusammenleben unterschiedlicher Menschen aussehen könne, dringend notwendig. Aufgrund der umfangreichen Darlegungen in und der großen Übereinstimmung mit dem Positionspapier bestehe aus der Sicht der Fraktion DIE LINKE kein Nachfragebedarf dazu.

Mit Blick auf die Äußerungen der der AfD-Fraktion angehörenden Ausschussmitglieder verwahrt sich **Erwin Bugar (FSA)** entschieden gegen die Behauptungen, der FSA habe sich instrumentalisieren lassen und SPD, Linke und Grüne hätten Einfluss auf das Positionspapier genommen. Er stellt klar, das Positionspapier sei ein Pilotprojekt, mit dem der FSA auf einer Netzwerkkonferenz des NOFV im November 2017 beauftragt worden sei. Das Papier sei nach anfänglicher Aufgeregtheit auch vom DFB anerkannt worden.

Die Satzung des FSA bestimme, dass der Fußballverband parteipolitisch und religiös neutral sei. Entsprechend dieser Vorgabe habe sich der FSA stets verhalten. Gegen verschiedentliche Versuche, den Fußballverband zu missbrauchen oder für eine parteipolitische Einflussnahme zu nutzen, habe sich der Verband stets gewehrt. Er stehe auch weiterhin klar zu der Satzung und zu den auf dem Verbandstag verabschiedeten Beschlüssen.

Herr Bugar lädt die Abgeordneten der AfD-Fraktion ein, ihre Standpunkte in einer Vorstandssitzung des FSA darzustellen und mit dem Vorstand in eine Diskussion dazu einzutreten.

Abg. Mario Lehmann (AfD) bedankt sich für die Einladung. Er erklärt, er halte an der Auffassung fest, dass in dem Positionspapier links-grüne Einflüsse und eine Vermischung von Sport und Ideologie spürbar würden.

Der Abgeordnete möchte wissen, wer an der Netzwerkkonferenz, auf die das Positionspapier zurückgehe, teilgenommen habe und wer dem Netzwerk angehöre.

Erwin Bugar (FSA) erläutert, bei der Konferenz habe es sich um eine Veranstaltung des NOFV gehandelt, der Mitglied des DFB sei. Das Netzwerktreffen werde jährlich von einem anderen Landesverband im NOFV ausgerichtet. Politische Vertreter nähmen daran nicht oder allenfalls als Referenten teil. Auf diesen Veranstaltungen werde keine Parteipolitik betrieben; es gehe dort vielmehr um die Frage, wie auf extremistische Vorfälle reagiert werden sollte. Zu diesem Zweck seien entsprechende Vorfälle auszuwerten und zu analysieren.

Der FSA habe versucht, in dem Positionspapier die Probleme im ländlichen Raum in gedrängter Form aufzuarbeiten und damit auch einen Anstoß für ein gemeinsames Vorgehen mit der Politik zu geben. Das Positionspapier erhebe keinen Anspruch auf Vollständigkeit und bedürfe - dies habe auch der DFB festgestellt - im Hinblick auf einige Formulierungen möglicherweise einer Überarbeitung. Im Hinblick auf den Inhalt stehe der FSA jedoch uneingeschränkt hinter diesem Positionspapier.

Abg. Frank Scheurell (CDU) führt aus, ihm seien die mit dem Vereinsleben verbundenen Probleme durchaus bekannt, etwa das Erfordernis, den beruflichen Alltag und die Notwendigkeit, Kinder zum Training oder zu Spielen zu fahren, in Einklang zu bringen. Als Mitglied des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr seien ihm auch die Gespräche mit der Deutschen Bahn um den Einsatz von Fanzügen in Erinnerung.

Der Abgeordnete möchte wissen, in welchem Umfang der DFB aus den Einnahmen, die er im Bereich des professionellen Fußballs erziele, dem FSA Mittel für den Breitensport im Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung stelle.

Dr. Christian Reinhardt (FSA) sagt, eine konkrete Zahl könne er dazu momentan nicht nennen. Der DFB unterstütze insbesondere die Landesverbände im Osten Deutschlands sehr stark, und zwar nicht nur mit finanziellen Mitteln, sondern auch mit umfangreichen Fortbildungsmaßnahmen und vom DFB entwickelten Qualifizierungsmaßnahmen. Der FSA fühle sich diesbezüglich sehr gut aufgestellt und habe mit seinem Präsidenten, der zugleich Vizepräsident des DFB sei, eine enge Verbindung zum DFB.

Zu dem Thema Unterstützung des Breitensports durch den Spitzensport ließe sich sicherlich eine ausgiebige Diskussion führen, zu der er, Dr. Reinhardt, den Abg. Herrn Scheurell gern einlade.

Abg. Frank Scheurell (CDU) nimmt die Einladung dankend an.

Abg. Mario Lehmann (AfD) bittet darum, die Angaben zur Höhe der Mittel, die dem FSA durch den DFB zur Verfügung gestellt würden, zu gegebener Zeit allen Fraktionen zuzuleiten.

Erwin Bugar (FSA) sagt zu, die Angaben transparent zu machen. Er teilt des Weiteren mit, es gebe einen Grundlagenvertrag zwischen der Deutschen Fußball Liga GmbH (DFL) und dem DFB; denn diese Verbände bildeten keine Einheit. Es gebe vielmehr eine Trennung im Profifußball. Unter dem Dach der DFL versammelten sich die 36 Bundesligavereine; dem DFB gehöre derzeit die dritte Liga an. Der Grundlagenvertrag trage dazu bei, dass der Geschäftsbetrieb in den Amateurvereinen aufrechterhalten werden könne.

Dr. Andreas Siegert vom Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) trägt Folgendes vor:

Wie bereits erläutert, entstand das Papier aus einer Diskussionsrunde ostdeutscher Fußballverbände heraus. Sie alle beobachteten Einzelphänomene in peripheren Räumen, die die Arbeit ihrer Fußballvereine erschwerten. Dazu gehören unter anderem ein unzureichender öffentlicher Personennahverkehr, lange Schulwege, zunehmende soziale und motorische Defizite von Kindern sowie Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung bzw. Erhaltung spielfähiger Mannschaften im Alter von 18 bis 45 Jahren oder von Frauenmannschaften. Deutlich wurde, dass diese Beobachtungen in strukturellen Gegebenheiten begründet und in komplexen Zusammenhängen miteinander verbunden sind. Vor allem aber wurde deutlich, dass die Folgen dieser Entwicklung die Existenz eines flächendeckenden Freizeitsports bedrohen.

Das Positionspapier ist der dringende Appell des Fußballverbands, ganzheitlich zu handeln. Der Appell wird von vielen Sportlern des Landes getragen und geht weit über die Interessen des Sports hinaus. Nicht oder zu spät zu handeln bedeutet, Handlungsmöglichkeiten zu verlieren, und bedroht das flächendeckende Angebot des Fußballs und des Freizeitsports in Sachsen-Anhalt.

In dem folgenden Vortrag soll auf die meines Erachtens wichtigen Aspekte bei dem Thema „Stärkung ländlicher Räume“ eingegangen werden. Erstens: Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Dynamik. Mittelzuweisungen an Kommunen erfolgen nach Einwohnerzahlen. Weniger Einwohner bedeuten damit auch weniger Ressourcen; das nimmt den Kommunen Gestaltungsspielräume und befördert eine Abwärtsspirale der Entwicklung.

So ist zum Beispiel Mansfeld-Südharz nicht nur der Landkreis mit den stärksten Bevölkerungsverlusten in Deutschland, sondern wird auch als Region mit sehr hohen Risiken für Zukunftschancen, mit den wenigsten Stärken und der geringsten Dynamik klassifiziert. Verglichen mit den anderen 401 Landkreisen wird er auf Platz 400 eingestuft. Kurz: Es gibt keine wirtschaftliche Entwicklung ohne Bevölkerung; denn ohne Menschen fehlen Dörfern Arbeitskräfte und Unternehmensnachfolger, schwinden die Kaufkraft, die wirtschaftliche Dynamik und die Grundlage für den Freizeitsport.

Die vorläufige Auswertung einer kürzlich vom ZSH durchgeführten repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Lutherstadt Eisleben und in Hettstedt bestätigt, dass ungeachtet des bereits enormen Bevölkerungsverlusts seit 1990 fast 20 % der Bevölkerung eine Abwanderung erwägen oder konkret planen. Das ist auch deshalb erstaunlich, weil unter anderem der Sachsen-Anhalt-Monitor die starke regionale Bindung belegt.

Wanderungsbereit sind vor allem Jüngere bis 35 Jahre, Arbeitslose, aber auch Erwerbstätige. Während Akademiker und Personen mit hohem Einkommen überregionale Ziele bevorzugen, ist das Verhältnis von regionalen und überregionalen Zielen bei Facharbeitern und Meistern relativ ausgewogen.

Die häufigsten Wanderungsmotive sind - in der Reihenfolge ihrer Relevanz - eine bessere Wohngegend sowie Kultur- und Freizeitangebote, Arbeits- und Ausbildungsplatzangebote, verbesserte Verdienstmöglichkeiten und bessere soziale und medizinische Einrichtungen. Als weitere wichtige Einflüsse auf Wanderungsentscheidungen werden das Pendeln, die Verbundenheit mit der Stadt und eine wirtschaftliche Perspektive der Region genannt.

Es geht bei der Abwanderungsbereitschaft somit nicht nur um ein quantitatives, sondern auch um ein qualitatives Moment. Die Befragungsergebnisse zeigen darüber hinaus, wie wichtig die Infrastruktur bei der Entscheidung für oder gegen eine Region ist.

Zweitens: Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel. Aus Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wissen wir, dass nur etwa jeder zwölfte weggezogene Mensch nach Ostdeutschland zurückkehrt und dass Menschen nur in wenigen Lebensabschnitten mobil sind: nach der Schule, zwischen Ausbildung und Familiengründung, wenn die eigenen Kinder in die Ausbildung gehen oder mit dem Beginn des Ruhestands.

Dies senkt die Chancen dafür, dass Rückkehrer den Arbeitskräftemangel lösen oder lindern werden. Angesichts der von Lebensphasen abhängigen Mobilität wird klar, dass Menschen außerhalb Deutschlands für Sachsen-Anhalt interessiert werden müssen. Denn während sich die Bevölkerung in Deutschland stabilisiert, ist in Sachsen-Anhalt bis 2035 mit einem weiteren Rückgang um mehr als 10 % zu rechnen.

Demografie bedroht damit auch Demokratie; denn zum einen steigt das Stimmengewicht Älterer zulasten Jüngerer und zum anderen besteht kaum noch eine Auswahl an Kandidaten. Bei den letzten Kommunalwahlen in Mansfeld-Südharz stellte sich in jeder dritten Kommune nur noch ein Kandidat zur Wahl, nur in jeder zweiten Kommune gab es mehr als zwei Kandidaten.

Von den demografischen Einflussfaktoren Geburt, Tod und Migration kann nur Einwanderung kurz- und mittelfristig Bevölkerungsverluste lindern. Sachsen-Anhalt braucht Einwanderer. Nach Erhebungen der OECD bleibt aber zum Beispiel nur einer von drei EU-Ausländern in den neuen Bundesländern. Dabei sind es nicht fehlende Arbeitsplätze, die zur Weiterwanderung zwingen würden, auch lässt sich keine Konkurrenz am Arbeitsmarkt zwischen Migranten und Ortsansässigen nachweisen.

Bereits jetzt fehlen im Land trotz der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote von 7,7 % Arbeits- und Fachkräfte. In den letzten sechs Jahren stieg die Anzahl offener Stellen sogar bei Helfertätigkeiten um mehr als 50 %, sank die Zahl Arbeitssuchender um mehr als 20 % und erhöhten sich Vakanzzeiten - die Zeit von dem Freiwerden eines Arbeitsplatzes bis zur Neubesetzung - erheblich.

Freie Stellen in Gesundheitsberufen konnten im Jahr 2012 erst nach 71 Tagen und im Jahr 2018 erst nach 113 Tagen besetzt werden. Im Bereich der Altenpflege liegt die durchschnittliche Vakanzzeit mittlerweile sogar bei 159 Tagen. Konnten Arbeitsplätze in den Bereichen Metallbau und Schweißtechnik im Jahr 2012 erst nach 66 Tagen besetzt werden, verlängerte sich diese Zeit bis 2018 auf 128 Tage. Für Unternehmen ist es schlichtweg eine Katastrophe, freie Arbeitsplätze erst nach vier oder mehr Monaten besetzen zu können - und wir sind noch nicht an der Spitze des demografischen Berges angelangt.

Es besteht die Gefahr, dass ein dauerhafter Mangel an Arbeits- und Fachkräften oder an fehlenden Unternehmensnachfolgern zu Standortverlagerungen oder Betriebs-schließungen führt. Bereits jetzt weist Sachsen-Anhalt einen unterdurchschnittlich hohen und konstant abnehmenden Besatz an Unternehmen auf, konstatiert die NordLB zur Regionalwirtschaft in Sachsen-Anhalt.

Drittens: Altersstruktur und Infrastruktur. Abwanderung, Geburtenrückgang und Sterbeüberschüsse führen ohne Einwanderung dazu, dass die im Jahr 1990 für 2,3 Millionen Einwohner ausgelegte Infrastruktur Sachsen-Anhalts von 1,9 Millionen Einwohnern zu finanzieren ist, von denen ein Großteil nicht mehr erwerbstätig sein wird. Auf diesen Umstand verwies bereits die Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ vor fast zwanzig Jahren.

Insbesondere die sich ändernde Relation von Erwerbstätigen zu Nicht-Erwerbstätigen ist besorgniserregend. Im Jahr 2035 werden in Sachsen-Anhalt 97,2 Personen außerhalb des Erwerbsalters auf 100 Erwerbstätige entfallen. Dies wird die Wirtschaftsstruktur und die Attraktivität des Landes massiv beeinträchtigen. Der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung sank von 2000 bis 2016 im Landkreis Mansfeld-Südharz auf 10,7 %, während der Anteil der über 65-Jährigen auf über 28 % anstieg. Der Altersdurchschnitt lag im Jahr 2015 bei 52 Jahren und lässt eine substanzerhaltende Geburtenrate nicht mehr erwarten.

Mit einer alternden Bevölkerung ändert sich auch der Bedarf an Infrastruktur; denn Rentner sind stärker als andere Bevölkerungsgruppen auf den öffentlichen Personennahverkehr und auf medizinische Versorgung angewiesen. Die Rentnerin aus Stangerode fährt zum Facharzt ins 35 km entfernte Sangerhausen mit dem Bus morgens um 7:41 Uhr los und ist gegen 17:44 Uhr zurück. Ein Taxi würde 143 € kosten und ist für

sie bei einer durchschnittlichen Monatsrente von Frauen in Ostdeutschland von ungefähr 850 € im Regelfall nicht erschwinglich.

Diese Rentnerin hat die gleichen Probleme wie die zum Vereinstraining fahrende Schülerin, der langzeitarbeitslose Bewerber ohne Auto oder Geflüchtete, die zum Sprachkurs wollen. Infrastrukturelle Defizite treffen alle Menschen, verstärken die Folgen der Entvölkerung und fördern ein Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik.

Im Jahr 2014 ermittelte das ZSH gemeinsam mit der Stadtverwaltung Hettstedt die Folgen des stetigen Bevölkerungsverlusts: In einigen Ortsteilen wies die freiwillige Feuerwehr montags bis freitags zwischen 7 und 15 Uhr eine Einsatzbereitschaft von nur noch 10 % aus.

Bei unveränderter Bevölkerungsentwicklung würden Trink- und Abwasserpreise bis zum Jahr 2025 um 40 % steigen. Vor allem aber ändert sich die Preisstruktur: Während der Verbrauchspreis auf 10 - 15 % sinkt, würde der Grundpreis auf 85 - 90 % steigen.

Viele Sportarten, wie zum Beispiel Leichtathletik, Handball, Ringen oder Wasserball, sind in der Region nicht mehr vertreten. Fußball wird zwar angeboten, aber spielfähige Mannschaften können ab dem Ausbildungsalter nur unter Schwierigkeiten zusammengestellt werden.

Perspektivisch ist die ärztliche Versorgung der Region gefährdet; denn das Durchschnittsalter der Fachärzte lag im Erhebungszeitraum bei über 51 Jahren und das der Allgemeinärzte bei über 55 Jahren.

Ohne den Zuzug von Familien mit schulpflichtigen Kindern müssen nach dem geltenden Schulentwicklungsplan drei von vier Grundschulen schließen.

Viertens: Bedarfe peripherer Regionen. Künftig benötigen wir weniger Kindergärtnerinnen und Lehrerinnen, aber mehr Haushaltshilfen und in Gesundheitsberufen Tätige. Doch auch diese Arbeitskräfte fehlen, weil Dörfer im Wettbewerb um Einwohner und Arbeitskräfte strukturell benachteiligt werden. Hierbei gilt wiederum: Je stärker sich die regionale Wirtschaft auf veränderte Rahmenbedingungen einstellt, desto weniger attraktiv wird Sachsen-Anhalt für Familien mit Kindern. Und je schwieriger die Besetzung freier Stellen für Unternehmen in ländlichen Räumen ist, desto schwieriger wird es für Fußballvereine, Sponsoren und Spieler zu finden.

Wie wichtig eine angemessene Infrastrukturausstattung ist, zeigt das Beispiel der Gesundheitsversorgung. Jährlich schließen viele Arztpraxen wegen fehlender Nachfolger. Es gelingt dem Land nicht, in ausreichendem Umfang Ersatz einzuwerben. Bis 2025

fehlen voraussichtlich 1 400 Ärzte, um die ein intensiver nationaler und internationaler Wettbewerb herrscht.

Wie die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage vom 20. Dezember 2012 einräumt, sind für diese Berufsgruppe Kulturangebote, kurze Schulwege und gute Arbeitsbedingungen wichtig bei der Auswahl ihres Niederlassungsortes. Aber Schulen, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen wurden weitgehend in Halle und Magdeburg zentralisiert. Damit trägt eine als unzureichend empfundene Infrastruktur zum Ärztemangel und zu einer Verschärfung des Problems bei; denn ohne eine ausreichende Gesundheitsversorgung lassen sich weniger Menschen auf dem Land nieder und können Unternehmen nicht angesiedelt oder gehalten werden. Vor allem für eine alternde Bevölkerung gewinnt der Aspekt der Gesundheitsversorgung an Bedeutung.

Auch deshalb empfiehlt zum Beispiel die Enquetekommission des brandenburgischen Landtags zur Zukunft ländlicher Regionen eine angemessene Infrastrukturausstattung als Grundvoraussetzung, um ländliche Räume als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu halten.

Darüber hinaus gefährden Mängel an der Infrastruktur das, was die Stärke des ländlichen Raums ausmacht: Begegnung, verbindende Erlebnisse, Erzählungen, Werte, Selbstvergewisserung und Selbstwirksamkeit. Der Verlust praktizierter Alltagskultur, von Regeln und Gewohnheiten, berührt das Wirgefühl auf dem Land. Erst eine angemessene Infrastruktur ermöglicht ein gelebtes Miteinander und fördert Vertrauen, Zusammenhalt und Gemeinwohlorientierung.

Im Übrigen vermittelt erst das Miteinander Zuziehenden die Entwertungserfahrungen Ortsansässiger. Galtung, ein norwegischer Gesellschaftswissenschaftler, sieht in der Entwertung von Qualifikation, Lebensleistung und -erfahrung als Folge der gesellschaftlichen Transformation in der Nachwendezeit eine solche strukturelle Gewalterfahrung. Solche Gewaltstrukturen ergeben sich auch aus dem zunehmend ökonomisierten und auf Globalisierung ausgerichteten Denken und Handeln unserer Gesellschaft. Daseinsvorsorge und Infrastruktur müssen aber lokal angemessen vorgehalten werden, um Menschen für Regionen zu gewinnen; sie dürfen nicht abgebaut werden, wenn Menschen fortziehen.

Wenn wir Ungleiches gleichbehandeln, verstärken wir Fliehkräfte unseres Gemeinwesens und ungleiche Lebensverhältnisse im Land. Wir schwächen die Akzeptanz für Globalisierung selbst da, wo diese Menschen nutzt. Eine ganzheitliche Betrachtung und andere Ansätze sind notwendig, um eine Grundversorgung der Menschen in peripheren Regionen zu sichern.

Fünftens: positive Beispiele. „Integration findet vor Ort statt“, stellte der Deutsche Landkreistag fest und verweist auf kommunale Erfolge, die sich durch vereinfachte, beschleunigte und flexible Verfahren der Aufnahme und Integration auszeichnen, und zwar unabhängig von Standort, Wirtschaftsstruktur oder infrastruktureller Anbindung.

Mit der Gründung einer Migrationsagentur zeigt der Burgenlandkreis, wie ein solches Verfahren aussehen kann. Die Neustrukturierung der Verwaltung erfolgte dort aus der Perspektive der Menschen, für die diese Verwaltungsleistungen erbracht werden sollen. Mit seinem Ansatz nimmt der Landkreis seine Führungsaufgabe wahr, fördert Einwanderung und Integration, stellt sicher, dass ortsansässige Unternehmen Arbeitskräfte gewinnen, dass vorhandene Infrastruktur ausgelastet bleibt und dass Dörfer eine Perspektive behalten.

Auch der Landkreis Mansfeld-Südharz zeigt Möglichkeiten der Gegensteuerung. So ist der Bevölkerungsrückgang um 30 % seit 1990 ungleichmäßig über den Kreis verteilt. Und obwohl die Stadt Hettstedt innerhalb von 25 Jahren fast 40 % ihrer Einwohner verlor, konsolidierte sich ihre Bevölkerung entgegen dem Trend im Landkreis durch den Zuzug Geflüchteter.

Warum gelang der Stadt Hettstedt, was andere Kommunen des Landkreises nicht schafften? - Hettstedt öffnete sich, warb externes Wissen und Erfahrungen ein, arbeitete konzeptionell, kommunizierte aktiv mit der Bevölkerung, beteiligte zum Beispiel lokale Sportvereine und nutzte Ermessensspielräume. Aus der aktuellen Befragung wird deutlich, dass Hettstedter im Vergleich zu den Einwohnern der Lutherstadt Eisleben zufriedener mit ihrer Stadt und der Wohnumgebung sind. Gleichwohl trägt sich ein Teil der Einwohner mit Abwanderungsgedanken, weil sie zum Beispiel die Infrastruktur, insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich, als unzureichend empfinden.

Es ist erkennbar, dass die von der demografischen Krise betroffenen Kommunen Ressourcen benötigen, und Ressourcen heißt nicht nur Geld, sondern das heißt auch Personal, Erfahrung, Kompetenzen, Wissen, Infrastruktur oder strukturelle Unterstützung. Ohne mehr Ressourcen höhlen wir die demokratische Legitimation gewählter Vertreter vor Ort aus.

Es sind vor allem Sportvereine im ländlichen Raum, die das gesellschaftliche Leben bereichern und eine wichtige Rolle im Integrationsprozess wahrnehmen. Sie vermitteln zentrale gesellschaftliche Werte an alle: Fairness, Hilfs- und Leistungsbereitschaft, Verantwortung, Motivation, Zusammenhang und Respekt.

Sozialräumliche Studien zeigen, dass die soziale und berufliche Integration von Einwanderern deren Akzeptanz im ländlichen Raum fördert. Dies geschieht etwa über Sportvereine und Handwerksbetriebe. Gerade kleinstädtische und dörfliche Strukturen

sind dabei hilfreich, weil Nachbarschaftshilfe, Grußpflicht und Anteilnahme gelebte Sozialkompetenz sind und eben auch eingefordert werden.

Sechstens: Werte leben und vermitteln. Wie wichtig die Vermittlung von Normen der Aufnahmegesellschaft für die Integration von Einwanderern ist, hat Shamir, eine amerikanische Rechtssoziologin, in einer internationalen Vergleichsstudie nachgewiesen. Sie zeigte, dass Migranten sehr schnell die in ihrer neuen Heimat geltenden und umgesetzten Regeln übernahmen, so anders diese Regeln in den Zielländern auch waren. Diese Wertevermittlung erfolgte über den Austausch mit der einheimischen Bevölkerung.

Bourdieu, ein französischer Soziologe, zeigte, dass sich Statusunterschiede und Gruppenzugehörigkeiten insbesondere in dem äußern, was Menschen tun oder lassen, welchen Sprachschatz sie haben, wo sie sich engagieren. Welchen Sport sie treiben oder wie sie sich kleiden, ist Ausdruck der in ihrer sozialen Gruppe gepflegten Kultur. Solche Marker verdeutlichen, welchen sozialen Gruppen wir uns zugehörig fühlen. Uns trennende Grenzen sind also eher in sozialer Gruppenzugehörigkeit begründet und ändern sich im Laufe eines Lebens.

Für unser Gemeinwesen ist es wichtig, die in unserer Verfassung verankerte Menschenwürde zu leben und die sich daraus ergebenden Werte glaubwürdig zu vermitteln. Doch wo werden diese Werte noch die eigene soziale Gruppe überschreitend praktiziert? Mit dem Wegfall von Wehrpflicht und Zivildienst, mit weiten Schulwegen, die sich nicht mit Musikschule, Jugendfeuerwehr und Vereinssport vereinbaren lassen, oder mit ausgedünnter kirchlicher Infrastruktur sind diese sozialen Kompetenzen nur noch schwer einzuüben. Sie verlieren ihre gesellschaftliche Bindungswirkung.

Aus vom ZSH in Lutherstadt Wittenberg und von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung im Mansfelder Land durchgeführten Befragungen Geflüchteter ist bekannt, dass viele sich durchaus vorstellen können, dauerhaft im ländlichen Raum zu bleiben. Wir wissen aber auch, dass ihnen im Alltag häufig Ausgrenzung, Anfeindungen und Vorurteile begegnen. Sportvereine bieten ihnen und Ortsansässigen gleichermaßen Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs. Dabei bestätigt sich immer wieder: Mit der Begegnung schwinden Vorurteile.

Vom ZSH in Hettstedt und in Lutherstadt Wittenberg durchgeführte Studien zeigen die Bedeutung, die lokalen Vorbildern wie Führungskräften, Vereinsvorsitzenden, Leitern freiwilliger Feuerwehren oder Kommunalpolitikern bei der Akzeptanz von Migranten zukommt. Ihre Kommunikation und ihr Handeln geben der Bevölkerung Orientierung und sind geeignet, Verbindungen zwischen sozialen Gruppen zu fördern.

Siebertens: Ausblick und Aufgaben. Charme und Chance jeder Krise bestehen darin, dass Menschen sich Veränderungen stellen. Das bedeutet, Situationen zu analysieren, Dinge zu hinterfragen, Ziele abzuleiten, erforderliche Ressourcen zu bestimmen und bereitzustellen sowie mit allen Beteiligten aktiv und über den gesamten Prozess zu kommunizieren. Das ist Aufgabe von Veränderungsmanagement und Führung und fordert langfristiges Denken und Handeln.

Hinterfragt werden sollte zum Beispiel das Personalentwicklungskonzept der Landesregierung aus dem Jahr 2011, das die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst je 1 000 Einwohner festschreibt; denn auch ein einwohnerschwaches Flächenland muss ein Mindestmaß an Daseinsvorsorge gewährleisten. Durchschnittswerte und Kennzahlen taugen eben nur begrenzt als Maßstab für dünn besiedelte Flächenländer.

Hinterfragt werden sollten darüber hinaus Verfahren zur Bindung und Gewinnung von Einwohnern, Arbeitskräften und Unternehmen. Für ein Bundesland mit begrenzten Ressourcen kann das heißen, vor allem nicht-monetäre Anreize für Menschen zu identifizieren. Zum einen bestätigen die bisherigen Befragungen, zum anderen ist aus der Spieltheorie bekannt, dass Menschen jenseits eines Existenzminimums nicht vorrangig nach monetären Aspekten entscheiden. Dieser Aspekt wird insbesondere in Lutherstadt Eisleben und Hettstedt durch Befragungen bestätigt.

Ziele sollte Sachsen-Anhalt insbesondere bei dem Thema Einwanderung setzen und darauf aufbauend ein stimmiges Konzept erarbeiten und umsetzen. Damit erhalten Gebietskörperschaften eine Orientierung. Solche Orientierungen sind für das Verwaltungshandeln wichtig; denn unterschiedliche und von verschiedenen Instituten durchgeführte Forschungsprojekte zur Integration und zum Arbeitsmarkt zeigen, dass bestehende Strukturen der Anpassung bedürfen.

Nun verläuft das Thema demografischer Wandel quer zu allen Ministerien. Die Erarbeitung eines Landeskongzeptes erfordert daher eine ressortübergreifende Kooperation, die sich an folgenden Beispielen illustrieren lässt:

- Generierung von Wissen über unterschiedliche Folgen und Handlungsstrategien demografischen Wandels. Welche Konsequenzen hat das für Daseinsvorsorge, Unternehmens- und Immobilienwerte, Chancen und Hürden von Einwanderung, Formen von Bürgerdialog und -beteiligung, Erhalt oder Aufgabe von Siedlungen, Übertragbarkeit von Erfahrungen und Wissen oder angemessene Förderstrukturen?
- Überprüfung und Weiterentwicklung der Systematik von Unter-, Mittel- und Oberzentren sowie die damit zumindest teilweise Dezentralisierung von Verwaltungen.

- Umgestaltung der Kommunalfinanzierung: Gemeinden, die sich für Einwanderung öffnen, erhalten langfristige, aber degressive Sonderförderungen, erweiterte Kompetenzen und Gestaltungsspielräume.
- Konsequente Ergänzung bestehender Regionalentwicklungskonzepte um Aspekte der Entvölkerung, wie Kinderfreundlichkeit, Infrastruktur oder eben auch Einwanderung.
- Maßnahmen zur Anwerbung und gegebenenfalls Weiterbildung von im Ausland ausgebildeten Lehrern und Lehrerinnen.
- Erprobung neuer, flexibler und lokal verankerter Organisationsformen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen durch Aktivierung zivilgesellschaftlicher Strukturen.
- Verknüpfung von Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Kommunalpolitik, um Niederlassungsanreize für Einwanderer zu schaffen oder adäquate Verfahren zur Erhebung beruflicher Kompetenzen einzuführen und in betrieblicher Einarbeitung umzusetzen.

Für mich ergeben sich aus den skizzierten Entwicklungen folgende Schlussfolgerungen: Erstens. Wir alle sind aufgefordert, einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen im Land zu schaffen. Dazu gehört zwingend die Entwicklung eines stimmigen Einwanderungskonzepts und plausibler Ansätze zur flächendeckenden Integration der gesamten Bevölkerung.

Zweitens. Kommunales Leben ist komplex und regionale Voraussetzungen zur Anwerbung und Bindung von Menschen unterscheiden sich. Ungleiches muss ungleich behandelt werden.

Drittens. Ansätze zur Revitalisierung ländlicher Räume müssen zwischen Ministerien abgestimmt werden und interdisziplinäre Erkenntnisse beachten. Die Lebenswirklichkeit von Menschen richtet sich nicht nach ministerieller Zuständigkeit.

Viertens. Lokal verankerte Strategien brauchen neue Plattformen des Austauschs zwischen Bürgern und Politik, Wissen, Flexibilität und eine institutionelle Stärkung ländlicher Räume.

Fünftens. Menschen in ländlichen Räumen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, erfordert eine angemessene Infrastruktur und möglicherweise auch neue Formen der Organisation von Daseinsvorsorge. Dazu benötigen wir politischen Willen, Mut zum Experiment und Ressourcen.

Dass der Fußballverband als eine noch flächendeckend vertretene zivilgesellschaftliche Organisation sich in den notwendigen gesellschaftlichen Dialog einbringt, unterstreicht den konstruktiven Ansatz des Positionspapiers.

Abg. Mario Lehmann (AfD) pflichtet Herrn Dr. Siegert darin bei, dass der Wegfall der Wehrpflicht in Deutschland als nachteilig anzusehen sei, weil im Wehrdienst unter anderem soziale Kompetenz vermittelt worden sei. Er weist darauf hin, dass die Fraktion der AfD aus diesem Grund einen Antrag in den Landtag eingebracht habe, der die Einführung eines einjährigen Heimatdienstes zum Ziel gehabt habe. Dieser Antrag sei von den anderen Fraktionen jedoch abgelehnt worden.

Der Abgeordnete stellt fest, dass auch in dem Vortrag von Herrn Dr. Siegert die Begriffe Einwanderer und Geflüchteter synonym verwendet worden seien. Nach Aussage von Herrn Dr. Siegert müssten Anreize für Geflüchtete geschaffen werden. Der Abgeordnete bemerkt, es wäre wünschenswert, wenn man sich mit dem gleichen Enthusiasmus für eine vernünftige Familienpolitik in Deutschland einsetzen würde. Wenn sich Familien für mehr Kinder entscheiden könnten, hätten viele der Probleme, mit denen man im ländlichen Raum zu tun habe, nicht ein so großes Ausmaß angenommen, wie es derzeit zu beobachten sei.

Herr Lehmann fährt fort, ihm sei von zahlreichen mittelständischen Unternehmern in Sachsen-Anhalt versichert worden, dass diese in einer Zuwanderung kulturfremder Menschen keinen Ansatz zur Lösung der bestehenden Defizite sähen. Diese Zuwanderung bringe vielmehr neue Probleme mit sich; etwa weil Zugewanderte aus islamisch geprägten Ländern im Ramadan Einschränkungen unterworfen seien oder weil sie nach Geschlechtern getrennte Schwimmbäder und Sportstätten forderten. Im Übrigen glaube er, Lehmann, nicht, dass Frauen aus islamisch geprägten Ländern künftig in großer Zahl in Sportvereine eintreten würden.

Der Abgeordnete fährt fort, wenn Deutschland ein attraktiver Standort für den Mittelstand sei und insbesondere im Handwerk und im Dienstleistungsgewerbe dringend Fachkräfte und Auszubildende gesucht würden, dann stelle sich die Frage, warum sich für diese Stellen nicht junge Menschen aus anderen EU-Ländern wie Ungarn, Spanien, Griechenland oder der Slowakei fänden. Würde man europäisch geprägte Menschen als Fachkräfte gewinnen, ergäben sich die Integrationsprobleme, die mit der Zuwanderung aus islamisch geprägten Ländern zwangsläufig verbunden seien, gar nicht. Er, Lehmann, habe erhebliche Zweifel daran, dass die Zuwanderung kulturfremder Menschen Deutschland wirtschaftlich voranbringen und zur Lösung der Rentenproblematik beitragen könne.

Dr. Andreas Siegert (ZSH) legt dar, aus der Migrationsforschung sei bekannt, dass die Wanderungsbereitschaft von Menschen begrenzt sei. Die überwiegende Mehrheit der Menschen verlasse ihre Heimat nicht freiwillig oder leichtfertig. Laut unterschiedlichen Erhebungen sei die Wanderungsbereitschaft bei hoch qualifizierten Menschen höher und betreffe einen Anteil von 1,6 % bis 3 % der Bevölkerung. Um diese Menschen gebe es in der Regel einen internationalen Wettbewerb. Diese Menschen verlie-

ßen ihr Heimatland freiwillig und entschieden selbst, in welches Land sie gehen wollten.

Demgegenüber empfänden Menschen, die ihr Land nicht freiwillig verließen, sondern infolge von Krieg, Vertreibung und Unrecht fliehen müssten, diesen Schritt als eine große Bürde. Es sei nachgewiesen - übrigens auch bei den infolge der zwei Weltkriege vertriebenen Deutschen -, dass sich die Traumata, die mit Flucht und Vertreibung verbunden seien, über Generationen hinweg fortsetzten.

Herr Dr. Siegert zeigt sich überzeugt davon, dass die Menschen, die seit Jahren in großer Zahl nach Deutschland kämen, nicht deshalb kämen, weil sie Deutschland sehr attraktiv fänden; sie kämen vielmehr nach Europa, weil sie es in anderen Ländern schrecklich fänden.

Er fährt fort, zu der Frage, warum kaum EU-Ausländer nach Sachsen-Anhalt kämen, gebe es seines Wissens bedauerlicherweise keine flächendeckenden Befragungen. Nach seiner Einschätzung würden etwa junge Griechen oder junge Italiener, die sich freiwillig dazu entschieden, nach Deutschland zu kommen, in Regionen gehen, in denen sie gute Anknüpfungspunkte hätten, weil es dort bereits entsprechende Diasporagemeinden gebe. Die dort lebenden Menschen aus ihren Heimatländern könnten ihnen etwa die deutschen Gepflogenheiten erklären. Darüber hinaus entschieden sich diese jungen Menschen oft eher für Großstädte als für ländliche Regionen, weil es in diesen eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln, die sie aus ihrem Heimatland gewöhnt seien, gebe.

Herr Dr. Siegert macht deutlich, es stehe jedem frei, sich auf den Standpunkt zurückzuziehen, dass Deutschland keine Ausländer aufnehmen sollte. Allerdings müsse man sich dann auch Gedanken darüber machen, wer sich etwa ab dem Jahr 2035, wenn in Sachsen-Anhalt im Extremfall das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen bei 1 : 1 liegen werde, um die alten Menschen in den Dörfern kümmern solle. Wenn es keine Einwanderung gäbe, würde es unweigerlich zu einem Sterben der Dörfer kommen. Man stehe somit vor der Grundsatzentscheidung, ob man zulassen wolle, dass der ländliche Raum künftig ein Raum ohne Menschen sei. Eine solche Entscheidung wäre politisch mit Sicherheit nur schwer durchzusetzen.

Mit Blick auf die Argumentation, dass viele der Zugewanderten kulturfremd seien, verweist Herr Dr. Siegert darauf, dass Kultur insbesondere über Zuschreibung definiert werde. Schon bei einer vergleichenden Betrachtung von Dörfern und Wohnquartieren in Großstädten könne man den Eindruck gewinnen, dass es kulturelle Unterschiede zwischen diesen gebe. Es gebe innerhalb des deutschen Staatsgebietes auch Deutsche, die anders sozialisiert seien, anders dächten, anders empfänden, andere Wertigkeiten hätten als Deutsche in anderen Gebieten Deutschlands. Eine homogene Bevöl-

kerung gebe es nicht. Vielmehr sei davon auszugehen, dass die Menschen, die nach Deutschland kämen, genauso intelligent und tatkräftig oder eben genauso dumm und faul seien wie alle anderen Menschen.

Auf die Kritik des Abg. Herrn Lehmann an der Vermengung der Begriffe Einwanderer und Geflüchteter reagiert Herr Dr. Siegert mit dem Hinweis, dass diese Vermengung sicherlich auch dem Umstand geschuldet sei, dass es in Deutschland seit mehr als 20 Jahren kein Einwanderungsgesetz gebe, obwohl ein solches dringend benötigt werde. Er merkt an, viele der iranischen Flüchtlinge, die nach der Machtübernahme Khomeinis nach Deutschland gekommen seien, seien Akademiker gewesen und hätten, ohne Asyl zu beantragen, in Deutschland gearbeitet. Daran werde deutlich, dass die Grenzen zwischen Geflüchteten und Einwanderern auch früher schon fließend gewesen seien. Diese iranischen Zuwanderer seien im Übrigen, so Herr Dr. Siegert weiter, in Deutschland zum Teil besser integriert gewesen, als man dies von einigen, die in Deutschland geboren worden seien, behaupten könne.

Abg. Mario Lehmann (AfD) meint, über die Qualität der soeben gemachten Ausführungen lasse sich streiten. Die daraus abzuleitende Vorstellung, dass in 20 Jahren Flüchtlinge aus Eritrea, Benin und Sudan in den ländlichen Regionen Sachsens die Pflegedienste absichern würden, erscheine ihm, Lehmann, unrealistisch.

Auch die Aussage, dass alle nach Europa kommenden Menschen dazu gezwungen gewesen seien, ihre Heimat zu verlassen, halte er für nicht zutreffend. Der Abgeordnete weist darauf hin, dass Deutschland in den zurückliegenden Jahren mehr Flüchtlinge aufgenommen habe als alle anderen europäischen Staaten zusammen; diese Flüchtlinge hätten sich in der Regel zuvor in anderen europäischen Ländern aufgehalten. Medienberichten sei beispielsweise zu entnehmen gewesen, dass Flüchtlinge „bei Nacht und Nebel“ aus Polen nach Deutschland gekommen seien, weil ihnen in Polen lediglich drei Mahlzeiten am Tag und eine Übernachtungsmöglichkeit bezahlt worden seien.

Der Abgeordnete stellt fest, er vermisse bei der Diskussion um die Stärkung des ländlichen Raumes Ausführungen zur Familienpolitik. Stattdessen sei ausschließlich von einer notwendigen Zuwanderung und von der Unterstützung der Zugewanderten die Rede. Aus seiner Sicht sollte an dieser Stelle auch über eine Unterstützung der Familien, ob nun mit finanziellen Mitteln oder über Vereine, gesprochen werden.

Dr. Andreas Siegert (ZSH) räumt ein, dass im Zusammenhang mit der Stärkung ländlicher Räume sicherlich auch Überlegungen zur Familienpolitik angestellt werden könnten; dies sei jedoch nicht seine Aufgabe. Er weist sodann darauf hin, dass sich, wollte man die Familienpolitik in den Fokus der Überlegungen stellen, offenkundig ein mathematisches Problem ergebe; denn selbst wenn ab sofort viel mehr Kinder geboren

würden, würde sich dies erst in 20 bis 25 Jahren auf den Arbeitsmarkt auswirken. Bis dahin werde das Land Sachsen-Anhalt bereits die Spitze der demografischen Entwicklung erreicht haben; die jetzt geborenen Kinder würden dann jedoch noch lange nicht die dann bestehenden Rentenansprüche und die dann dringend zu erbringenden Leistungen absichern können.

Im Übrigen, so Herr Dr. Siegert weiter, ließen soziologische Untersuchungen darauf schließen, dass der Umfang der zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel nicht das entscheidende Kriterium für solche zentralen Entscheidungen sei. Frankreich verzeichne etwa eine relativ hohe Fertilitätsrate je Frau, dies bedeute jedoch nicht, dass man dort bereits zu einer substanzerhaltenden Größe komme.

Ein wesentliches Kriterium bei der Entscheidung für mehr Kinder sei eine intakte Infrastruktur. In Deutschland habe es sich als Problem erwiesen, dass etwa die Zahl der Kindergartenplätze über viele Jahre hinweg reduziert worden sei. Es sei sehr zu begrüßen, dass hierbei seit einigen Jahren ein Gegensteuern zu beobachten sei; denn mit einer intakten Infrastruktur könnten die Menschen ermuntert werden, sich für Kinder zu entscheiden.

Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE) konstatiert, auch eine durchaus wünschenswerte intensive Familienpolitik werde das Land nicht mehr vor den Herausforderungen des demografischen Wandels bewahren können; diese Herausforderungen könnten nur über Einwanderung und Integration tatsächlich bewältigt werden.

Der Abgeordnete kommt sodann darauf zu sprechen, dass Menschen, die zunächst in das Land Sachsen-Anhalt kämen, dieses häufig relativ bald wieder verließen. Er fragt, bei welchen konkreten Haltefaktoren das Land Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine Verbesserung erwirken sollte, um mehr Menschen zu einem dauerhaften Aufenthalt in Sachsen-Anhalt zu bewegen.

Darüber hinaus ist der Abgeordnete interessiert zu erfahren, welche weiteren Partner aus der politischen und der gesellschaftlichen Landschaft Sachsen-Anhalts aus der Sicht von Herrn Dr. Siegert einbezogen werden könnten, um die Debatte ähnlich wie der FSA konstruktiv zu begleiten.

Ferner möchte er wissen, welche Möglichkeiten es über Befragungen hinaus gebe, um die konkreten Erfahrungen der Menschen aus dem ländlichen Raum in die Debatte einzubeziehen.

Dr. Andreas Siegert (ZSH) trägt vor, in Auswertung praxisbezogener soziologischer Forschungsprojekte sei man zu der Feststellung gelangt, dass es drei Bindungswirkungen im ländlichen Raum gebe: soziale Einbettung, berufliche Perspektive und Er-

werb von Immobilien bzw. Zufriedenheit mit der Wohnumgebung. Zur Zufriedenheit mit der Wohnumgebung trage maßgeblich die Infrastruktur bei, etwa ÖPNV-Angebote, Kultureinrichtungen, medizinische Versorgung, Freizeitsportmöglichkeiten, Schulen. Es sei darüber hinaus festgestellt worden, dass die vorhandene Infrastruktur von sehr vielen Menschen im ländlichen Raum als unbefriedigend wahrgenommen werde.

Die Erfahrung zeige: Wenn Schulen geschlossen würden, komme es mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung zur Schließung der Kinder- und Jugendfeuerwehren, was dazu führe, dass der Nachwuchs für die Feuerwehren wegbreche.

Herr Dr. Siegert hebt hervor, eine gute Infrastruktur sei ein wesentlicher Faktor, um Geflüchtete im ländlichen Raum zu halten. Im Übrigen seien die für Geflüchtete wichtigen Faktoren auch für die Bevölkerung im Allgemeinen von wesentlicher Bedeutung.

Angesichts der finanziellen Situation des Landes Sachsen-Anhalt sei zu überlegen, welche Maßnahmen man ergreifen könne, die weniger kostenintensiv seien als eine Verstärkung des ÖPNV-Angebots. Mit einer bloßen Ausweitung des ÖPNV-Angebots werde man den Bedürfnissen des großen Anteils älterer Menschen in ländlichen Regionen vermutlich ohnehin nicht gerecht werden können. Es sei vielmehr sinnvoll, die lokalen Besonderheiten zu untersuchen, um dann etwa zu prüfen, ob ressortübergreifend eine Struktur aufgebaut werden könne, bei der - ähnlich dem für den Schienenpersonennahverkehr geltenden Prinzip - der öffentliche Personennahverkehr zwischen den Orten von den Kommunen, der innerörtliche Verkehr aber von Gemeinschaften vor Ort getragen werde. Dies ermögliche unter Umständen eine kostengünstigere und flexiblere Gestaltung als die bisherige Struktur und sollte durchaus erprobt werden.

Auch im Hinblick auf die Suche nach geeigneten Partnern für die weitere Debatte sollten lokale Besonderheiten berücksichtigt werden. In manchen Regionen seien die Fußballvereine sehr stark vertreten, in anderen sei es das Deutsche Rote Kreuz. Zivilgesellschaftliche Organisationen leisteten vieles, was staatliche Strukturen oft nicht leisten könnten: Sie führten über ein gemeinsames Ideal, über ein gemeinsames Ziel Menschen zusammen, sorgten für verbindende Erlebnisse und motivierten Menschen dazu, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. An diesem Punkt gelte es anzusetzen.

Bei vielen Projekten habe man feststellen können, dass es für das Gemeinschaftsgefühl völlig unerheblich sei, wo jemand geboren worden sei, welche Hautfarbe er habe und wie gut er die deutsche Sprache beherrsche - Letzteres lasse im Übrigen, so Herr Dr. Siegert, auch bei Deutschen zunehmend zu wünschen übrig. Diese Kriterien stellten dort, wo Integration gelebt werde, keine Hürde für eine funktionierende Gemeinschaft dar.

Bezüglich der Einbindung von Erfahrungen der Menschen im ländlichen Raum legt Herr Dr. Siegert dar, man habe bei dem Projekt in Hettstedt feststellen können, dass die Menschen vor Ort durchaus ein Interesse daran hätten, sich in ihr Kommunalsystem einzubringen, dass sie aber unzufrieden seien mit der Form, in der dies geschehe. Denn oft führten vermeintlich gelungene Gespräche letztlich nicht wirklich zu Veränderungen. Er, Dr. Siegert, sehe als ein Beispiel dafür den Umgang der Landesregierung mit der Schulentwicklungsplanung und dem Kulturkonvent an, durch den viel Vertrauen in eine gesellschaftliche Kommunikation verloren gegangen sei.

Nach seinem Eindruck sei das Projekt in Hettstedt auch deshalb gut gelungen, weil eine öffentliche, auf Fakten basierende Debatte zu Themen geführt worden sei, die die Menschen bewegten, wie Demografie und Auswirkungen der Zuwanderung.

Herr Dr. Siegert hält es für sinnvoll, weiterführende Formen zu erproben. Ein möglicher Ansatz gehe auf den belgischen Historiker Van Reybrouck zurück und sei in Irland im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Entscheidung über das Schwangerschaftsabbruchverbot angewendet worden. In Irland seien flächendeckend runde Tische nach Losverfahren einberufen worden; dazu habe man sich Fachleute eingeladen, um sich über Themen zu informieren. In Belgien habe es ein vergleichbares Projekt zu Fragen des Gesundheitswesens gegeben, das ebenfalls erfolgreich verlaufen sei.

Herr Dr. Siegert sieht darin einen interessanten Ansatz und meint, man sollte darüber nachdenken, wie ein solches Verfahren in Gemeinden installiert werden könne, in denen die Menschen durch die eingetretenen Veränderungen und die dazu verbreiteten Szenarien offenbar verunsichert seien.

Abg. Rüdiger Erben (SPD) nimmt Bezug auf die von dem Abg. Herrn Lehmann angesprochene geringe Zahl von Zuwanderern aus EU-Staaten und stellt klar, in Sachsen-Anhalt gebe es im Vergleich zur Gesamtzahl der Ausländer überdurchschnittlich viele Ausländer aus EU-Staaten. So stammten etwa von den 42 000 Einwohnern der Stadt Weißenfels 4 500 aus anderen EU-Staaten, und zwar größtenteils aus den Ländern Polen und Ungarn.

Dr. Andreas Siegert (ZSH) bemerkt, einer OECD-Studie zufolge würden nur drei von zehn Zuwanderern aus EU-Staaten, die in die neuen Bundesländer kämen, letztlich auch dort bleiben.

Abg. Thomas Höse (AfD) fragt, ob Herrn Dr. Siegert Daten zur Anerkennungsfähigkeit von ausländischen Berufs-, akademischen oder Schulabschlüssen vorlägen und woher diese gegebenenfalls stammten.

Dr. Andreas Siegert (ZSH) sagt, ihm lägen dazu keine Daten vor. Die Anerkennung beruflicher Abschlüsse erfolge seines Wissens im Regelfall in Verantwortung der Kammern oder des Landesverwaltungsamtes.

Er hält fest, der Frage des Abg. Herrn Höse liege offenbar die Annahme zugrunde, dass die zugewanderten Menschen das notwendige Wissen nicht erwerben könnten. Er verweist sodann darauf, dass es sowohl dem Deutschen Reich als auch Südkorea, China und vielen anderen Ländern innerhalb einer Generation gelungen sei, die Umwandlung von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft zu vollziehen. Dies sei ein Beleg dafür, dass Menschen durchaus neue Fähigkeiten erwerben könnten.

Es sei davon auszugehen, dass bei Menschen unabhängig von ihrem Geburtsland eine relativ gleichmäßige Verteilung von Intelligenz und Lernwillen gegeben sei. Man müsse allen Menschen die Fähigkeit zur Veränderung und zur Weiterentwicklung zugestehen. Um die zugewanderten Menschen dabei zu unterstützen, brauche es Bildungsangebote.

Einige Gemeinden im ländlichen Raum seien durchaus daran interessiert, Geflüchtete aufzunehmen und zu integrieren; sie hätten im Regelfall aber Schwierigkeiten damit, in ausreichendem Maße Sprachkurse und Qualifikationsmaßnahmen bereitzustellen. Dies sei ein Aspekt, der bei den Überlegungen zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum berücksichtigt werden sollte.

In Lutherstadt Wittenberg habe man feststellen können, dass Betriebe mit der Integration mitunter sehr ungezwungen umgegangen und damit sehr erfolgreich gewesen seien. Nach einer ersten Einschätzung der Person hätten sie die Betroffenen in Begleitung eines Betreuers verschiedene Abteilungen des Betriebes durchlaufen lassen, um festzustellen, welche Aufgaben derjenige gut erledigen könne, welche weniger gut und bei welchen er Entwicklungspotenzial zeige sowie welche Regeln er kennen müsse, um in dem Betrieb tätig sein zu können. Dieses Vorgehen habe sich als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Die dabei verfolgten Ansätze gälten im Übrigen auch für deutsche Langzeitarbeitslose, würden aber im Rahmen der von der Bundesagentur für Arbeit und von den Jobcentern genutzten Instrumente bisher bedauerlicherweise nicht berücksichtigt.

Abg. Thomas Höse (AfD) nimmt Bezug auf die Aussage zur gleichmäßigen Verteilung der Intelligenz und fragt, ob Herr Dr. Siegert Erkenntnisse dazu vorlägen, wie viele wirklich bedeutsame Erfindungen und Patente innerhalb der letzten 50 Jahre aus dem arabischen oder dem afrikanischen Raum gekommen seien.

Dr. Andreas Siegert (ZSH) bemerkt, diese Frage bewege sich auf einem sehr niedrigen Niveau. - **Abg. Thomas Höse (AfD)** erwidert, Gleiches gelte für den Vortrag.

Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE) fordert den Abg. Herrn Höse auf, eine Beschimpfung der Gäste zu unterlassen.

Abg. Sebastian Striegel erklärt, er wolle an dieser Stelle den bereits gegen den FSA erhobenen Verdacht ausräumen, dass die Vortragenden bei ihrer Positionierung von Parteien beeinflusst worden seien. Er richtet sodann an Herrn Dr. Siegert die Frage, ob dieser einer Partei angehöre und aus diesem Grund hier bestimmte Auffassungen vertreten habe. - **Dr. Andreas Siegert (ZSH)** verneint beides.

Vorsitzender Hagen Kohl bittet nunmehr die Landesregierung um Ausführungen.

Staatssekretärin Dr. Tamara Zieschang (MI) dankt dem FSA namens des Ministeriums für Inneres und Sport für die Erarbeitung des Positionspapiers. Sie betont, mit dem Positionspapier sei ein wichtiger Impuls gesetzt worden; der FSA habe damit einmal mehr gezeigt, dass der Sport und der Verband selbst im Land Sachsen-Anhalt gesellschaftspolitische Verantwortung übernehmen.

Das Ministerium für Inneres und Sport greife den Impuls gern auf und habe sich in einem Gespräch mit dem FSA und dem Landessportbund (LSB) darauf verständigt, eine gemeinsame Kommission mit dem Titel „Sport stärkt Heimat“ ins Leben zu rufen. Diese werde sich auch mit den besonderen Herausforderungen und den mit der demografischen Entwicklung einhergehenden Wechselwirkungen beschäftigen, auf die der FSA in seinem Positionspapier aufmerksam gemacht habe.

Der Kommission würden neben dem FSA und dem LSB auch die kommunalen Spitzenverbände, das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr, der Ostdeutsche Sparkassenverband sowie Vertreter der Volksbanken und Raiffeisenbanken angehören. Es gebe Überlegungen dahin gehend, in einer Auftaktsitzung Mitte Juni 2018 eine Arbeitsgruppe einzusetzen, deren Aufgabe es sein werde, viele Aspekte, die auch in der heutigen Beratung aufgegriffen worden seien, etwa die Strukturen und die Infrastruktur betreffend - dazu gebe es bereits Vorarbeiten des LSB -, sowie bestehende Förderprogramme zu analysieren und eventuelle Schwachstellen aufzuzeigen.

Sie, die Staatssekretärin, gehe davon aus, dass bis Anfang 2019 ein Zwischenergebnis vorliegen werde, zu dem dann im Ausschuss berichtet werden könne. Ein Abschlussbericht werde voraussichtlich in eineinhalb Jahren vorgelegt werden können.

Auf eine Frage des **Vorsitzenden Hagen Kohl** hin schlägt **Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE)** vor, den Selbstbefassungsantrag zu gegebener Zeit erneut auf die Tagesordnung zu setzen, um der Landesregierung Gelegenheit zu geben, jeweils über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Der Abgeordnete regt darüber hinaus an, in einen Austausch mit den anderen von diesem Thema betroffenen Ausschüssen einzutreten.

Der **Ausschuss** ist mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Vorsitzender Hagen Kohl dankt den Gästen für ihre Ausführungen und beendet den öffentlichen Sitzungsteil.

Schluss des öffentlichen Sitzungsteils: 12:05 Uhr.